

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.52 Uhr

Ende: 13.50 Uhr

1) Attraktivierung der Jakoministraße

GR. **Eichberger** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner Frage an den Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg geht es um die Jakoministraße beziehungsweise um die Aktivitäten in dieser ehemaligen Wunderstraße, die momentan leider sich nicht als solche Prachtstraße darstellt. Im Dezember des Vorjahres habe ich den Medien entnommen, dass du dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, in deiner Funktion, ressortzuständig für den Bereich Wirtschaft, nicht nur um die Belange der engeren Innenstadt bemühen wirst, sondern dass du speziell auch für die Jakoministraße dich stark machen wirst und entsprechende neue Akzente zur Wiederbelebung dieser ehemaligen Prunkstraße setzen willst.

Leider ist bis zum heutigen Tag von deinen angekündigten „Belebungsversuchen“ und von der „Wachküsserei“ wenig merk- und spürbar, sondern es stehen, und ich bin erst dieser Tage wieder durchgegangen, um zu zählen und leider hat sich herausgestellt, es stehen zur Zeit ungefähr in diesem kurzen Straßenstück zwölf Geschäftslokale leer und es wird hier um neue Mieter oder um neue Käufer hier gebeten. Und auch die sich noch in dieser Straße befindlichen Geschäfte und Betriebsinhaber kämpfen ziemlich um das Überleben.

Es gab ja und gibt seit geraumer Zeit eine Reihe von Ideen und Vorschläge, selber haben wir das eine oder andere eingebracht, vom Schanigarten mit mobilen Bodenelementen über eingleisiges Befahren durch die GVB, Errichtung von Passagen zur Schönaugasse beziehungsweise zur Klosterwiesgasse bis hin zur Errichtung von Arkadengängen. Es wurde viel diskutiert und auch viel eingebracht, aber die Problematik ist, bis dato wurde sehr wenig umgesetzt in dieser Straße. Und

in diesem Zusammenhang und ausgehend von deinen Initiativen, die du vor einem halben Jahr ungefähr hier medial drübergebracht hast, möchte ich dich gerne in meiner

F r a g e

jetzt fragen: Was ist aus diesen angekündigten Wiederbelegungsversuchen passiert, was ist geschehen beziehungsweise welche Maßnahmen wurden getätigt beziehungsweise veranlasst?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Entwicklungen, und es sind ja leider negative Entwicklungen, die bereits in den frühen 80er-Jahren begonnen haben, sind in wenigen Monaten leider nicht umkehrbar. Aktivitäten gab es natürlich aber trotzdem. In den Beiratssitzungen der Handelsmarketing GmbH wurde das Thema Jakoministraße zweimal bereits behandelt. Da ging es insbesondere um aktuelle Anliegen, sei es jetzt die Straßenbahnführung oder die Ansiedlungspolitik in der Straße, aber natürlich ging es dabei auch um die weitere geeignete Vorgangsweise. Man hat sich nunmehr darauf verstanden, dass man analog der Vorgangsweise in der Annenstraße mit dem Bezirksrat, den Wirtschaftstreibenden und den Hauseigentümern dieses Problem, diese Herausforderung angeht und in der Folge auch geeignete Maßnahmen in diesem Kreis beschließen möchte. Die Handelsmarketinggesellschaft geht davon aus, dass sie im Herbst dieses Jahres einen Maßnahmenvorschlag vorlegen kann. Jedenfalls werde ich darauf achten, dass dies so rechtzeitig erfolgt, dass allenfalls finanzielle Auswirkungen aus diesen Vorschlägen im kommenden Budget Berücksichtigung finden können (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Zweimal behandelt, Maßnahmenkatalog im Herbst, momentan steht also diesbezüglich noch nichts Konkretes fest oder gibt es keine diesbezüglichen Überlegungen, die du uns jetzt schon kundtun könntest.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Keine Vorschläge, die auf Basis eines nachhaltigen Konzeptes, und das streben wir an, heute schon daliegen können. Sofern es uns gelingt, in der Zwischenzeit temporär Geschäftsräumlichkeiten sinnvoll zu nutzen, und sinnvoll meine ich jetzt nicht im klassischen Unternehmersinn, was auch immer sich anbietet und dort in unserem Sinne für die Straße positiv wirkt, werden wir zwischenzeitig selbstverständlich gerne machen, aber ein wohl durchdachtes nachhaltiges Konzept gibt es heute noch nicht.

2) Kleinbusse des Sportamtes

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat! Das Sportamt besitzt zwei Kleinbusse, die den Vereinen zur Verfügung stehen. Zu bezahlen ist bloß das Geld für den Treibstoff, um zu den Spielen zu gelangen, eine sehr angenehme Möglichkeit für die Vereine mit einer kleinen Mannschaft billig die Ziele zu erreichen.

Aber da gibt es sicher viele Mannschaften in Graz, die von dieser Möglichkeit noch keine Ahnung haben und die Vergabep Praxis für diese bloß zwei Busse ist anscheinend noch nicht wirklich transparent, sodass der Verdacht genährt wird, dass immer nur die gleichen Vereine von dieser Möglichkeit zu profitieren scheinen.

Deshalb bitte ich dich Herr Stadtrat und stelle an dich die namens der KPÖ die

Frage:

Bist du bereit, die Vergabep Praxis bezüglich der beiden Kleinbusse des Sportamtes transparenter zu gestalten? (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Grundsätzlich bin ich immer bereit, etwas noch transparenter zu gestalten. Ich erkenne nur gerade in diesem konkreten Fall wirklich keinen Handlungsbedarf. Wenn es einen Vorschlag gibt, werde ich ihn gerne überprüfen. Es hat im heurigen Jahr bisher 47 Ausleihungen gegeben. Höchstzahl pro Verein drei, da waren drei Vereine darunter. Die Information der Vereine, dass es diese Busse gibt, haben alle gleich erhalten, das war seinerzeit, wie wir sie in Betrieb genommen haben, wir haben auch in Aussendungen darauf hingewiesen, dass es diese Möglichkeit gibt. Wenn hier ein bisschen blumig unterstellt wird eine Freunderlwirtschaft, muss ich das wirklich zurückweisen. Es ist ganz einfach, man ruft dort an und wenn er frei ist, ist er frei und ist er es nicht, dann geht es leider nicht. Wir setzen einen Schwerpunkt so gut es geht im Bereich Jugendarbeit, weil hier ja sonst das Problem wäre, dass viele Eltern ihre Kinder irgendwo hinführen müssen, was ja bei Erwachsenen nicht zutrifft, aber sonst erkenne ich da wirklich wenig Notwendigkeiten, das in irgendeiner Form transparenter zu gestalten und damit die Vereine planen können, geht das Sportamt so vor, dass dreimal im Jahr die Bustermine vergeben werden und zwar im Dezember für die Monate bis April, im April für die Monate Mai bis August und im August eben für September bis Dezember, das hat den Grund, dass die Vereine hier eben kalkulieren können und wir versuchen es einfach wirklich nach bestem Wissen und Gewissen zu vergeben.

Mag. **Fabisch**: Ist es möglich, dass man diese Vergaben dann für dieses Dritteljahr voraus dann ins Internet stellt?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Das ist zum einen sicher möglich. Ich möchte noch ergänzen, es gab immer wieder derartige Anfragen oder Hinterfragungen vielmehr, man hat es in jedem Fall den Vereinsfunktionären Einsicht in die Bücher gegeben und nach jeder Einsicht waren diese möglichen oder vermuteten Ungereimtheiten ausgeräumt. Also, da gibt es nichts zu verbergen, es ist voll transparent, aber wenn das

irgendjemandem dient, dass wir diese Ausleihungen ins Internet stellen, spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, wir haben nicht zu verbergen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

3) Konsequenzen

GRin. **Rücker** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Herren und Damen der Stadtregierung! Wir hatten letzte Woche das Urteil und vielleicht einen vorläufigen Endpunkt in der Sache CPC. Das Urteil für den Herrn Dr. Niederl ist, denke ich, für einige hier doch etwas überraschend hoch ausgefallen, aber nichtsdestotrotz, der wurde eben verurteilt für Veruntreuung. Das heißt, als Amtsleiter wurden ihm Verfehlungen vorgeworfen und dafür gab es eine Sanktion über das Gericht, wird es geben in weiterer Folge. Es gab natürlich auch auf Seiten der Stadt, wie wir alle hier wissen, eine Untersuchung der ganzen Geschichte, Historie und auch Zusammenhänge, wie es dazu kommen konnte, dass es in Angelegenheit einer stadteigenen Firma soviel blinde Flecken gegeben hat. Wir haben heute auch auf der Tagesordnung zu einem späteren Zeitpunkt die Stellungnahme und den Bericht an den Gemeinderat aus dem Kontrollausschuss. Ich möchte trotzdem jetzt hier schon die Gelegenheit nutzen, denn diese Medaille Verantwortung im Fall CPC hat eben zwei Seiten und aus unserer Sicht ist die eine Seite sehr massiv beleuchtet worden, nämlich die Verantwortung des handelnden Geschäftsführers und Abteilungsleiters, die andere Seite, die Frage, wie die Politik ihre Verantwortung gezeigt hat beziehungsweise wie Konsequenzen ausschauen auf Seiten der Politik, ist für uns immer noch unzureichend beantwortet. Der Kontrollausschuss hat ja mit dem Stadtrechnungshof gemeinsam sehr umfassend gearbeitet, der Stadtrechnungshof kommt in seinem Bericht zu folgenden Defiziten im Bereich des Eigentümers, der Eigentümerin Stadt, die aufgelistet sind und die ich hier noch einmal kurz in

Erinnerung rufen will für alle, die im Kontrollausschuss waren, wir kennen die Punkte, aber ich denke, dass es für alle im Gemeinderat wichtig ist, sie noch einmal zu hören. Da gab es in einem Punkt, dass schon im Jahr 2002, im Herbst 2002 ein Aufsichtsrat angekündigt wurde, der letztendlich aber erst im Frühling 2005 eingerichtet wurde (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Der zweite Punkt, wo ein politisches Versäumnis festgestellt wird ist, dass es eine Dringlichkeitsverfügung gab auch im Jahr 2002, in der insbesondere bei Auslandsprojekten davor eine Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer stattzufinden hätte, diese wurde nicht umgesetzt. Darüber hinaus gab es eine Geschäftsführungsveränderung, dass nämlich der Geschäftsführer einerseits in Personalunion mit der Amtsleitung alleine geblieben ist, ab dem Jahr 2004 das Vieraugenprinzip nicht verlängert wurde. Der Punkt, der unserer Meinung nach auch noch sehr wichtig ist, es gab auch vom Anfang an oder von sehr früher Zeit an aus dem Jahr 2000 eine Kooperationsvereinbarung, in der ein vierteljährlicher Bericht in strukturierter Weise an Eigentümervertreter und Umweltamtsleiter über die Projekte durch die Umweltsamtsleiter zu berichten gewesen wäre. Dieses Gremium, das dafür einzurichten gewesen wäre, wurde nicht eingerichtet. In Zusammenfassung kommen wir in unserer Stellungnahme dazu, dass folgende politische Mängel stattgefunden haben: Das eine war eine unklare Kompetenzverteilung zwischen Beteiligungsreferenten, Fachreferenten und Amtsleitung. Der zweite Punkt war, dass es einen mangelhaften Ausbau des Beteiligungsmanagements gegeben hat, dass es wesentliche Kommunikationsdefizite im Haus gibt zwischen den einzelnen Ressortverantwortlichen, insbesondere dann, wenn es zu einer Amtsübergabe kommt bei einem Amtswechsel und (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) was durchaus nicht nur diesen Bereich betrifft, aber hier sehr eklatant ins Gewicht fällt, ist, dass Gemeinderat und Stadtsenatsbeschlüsse einfach nicht umgesetzt wurden. Das heißt, hier ist die Politik nicht gut ausgestiegen und das Urteil, das letzte Woche gesprochen wurde, ist auch ein Urteil, das sich an die Politik wendet. Und bevor wir wieder zur Tagesordnung übergehen und alle so weitermachen, als wäre nichts geschehen, möchte ich jetzt doch Sie, Herr Vizebürgermeister Ferik, der ja doch fachlich inhaltlich über lange Jahre zuständig war für die CPC, mit einer

F r a g e

konfrontieren und ich erhoffe mir auch dazu eine klare Antwort.

Welche persönlichen und fachlichen Konsequenzen werden Sie in Ihrem eigenen Wirkungsbereich aus den bisher vorliegenden Erkenntnissen aus dem „CPC – Skandal“ ziehen?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Die wichtigste Konsequenz für mich aus dem Ökoprofitkandal war und ist es, dafür Sorge zu tragen, dass der Schaden für die Stadt minimiert ist und dass sich eine derartige Affäre nicht mehr wiederholen kann. Daher habe ich bereits in die Wege geleitet, dass das zum Beispiel vom inhaltlichen Ansatz her ja hervorragende und international anerkannte Ökoprofitprogramm noch auf dem regionalen, überregionalen Sektor in besonderer Weise als Beratungstätigkeit für unsere heimischen Unternehmen zu fungieren hat. Wie sich zeigt, wurde dieses Angebot auch angenommen, denn in wenigen Wochen werden wir die diesjährige Ökoprofitveranstaltung in Graz durchführen, in der wir auch etliche bekannte Grazer Unternehmen für ihre erfolgreichen Einsparungsmaßnahmen im Sinne der Umwelt unserer Stadt auszeichnen werden. Insgesamt, meine Damen und Herren, werden 53 Betriebe bei dieser Veranstaltung teilnehmen. Unter den Ausgezeichneten befinden sich, wie wir alle wissen, Betriebe aller Sparten und jeder Größenordnung vom Familienunternehmen bis zum Großbetrieb. Grundsätzlich besteht für das Grazer Ökoprofitprogramm eine gültige Projektgenehmigung, auch international, bis in das Jahr 2007. Insgesamt haben 150 Grazer Unternehmen von Ökoprofit profitiert und unserem Erfolgsprogramm dabei durchaus ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Aus einer Besprechung von gestern, Mittwoch, darf ich noch berichten, dass sich Vertreter zahlreicher Unternehmen positiv geäußert haben, dass dieses Leitprojekt des Grazer Umweltamtes weitergeführt wird. Das Grazer Umweltamt will in Zukunft weiterhin gute und hochqualitative Arbeit zum Wohle der Grazer Bevölkerung durchführen und das auch in Zeiten einer notwendigen Budgetkonsolidierung mit einem motivierten Team. Als Schwerpunkte für die nächste Zeit möchte ich die Umsetzung von Maßnahmen gegen den Feinstaub, im Zusammenhang mit dem Land Steiermark, die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie, die Fortführung bestehender EU-Projekte

mit Kofinanzierung erwähnen. Was die Aufarbeitung des Tunesien-Debakels betrifft, darf ich darauf verweisen, dass ja mittlerweile das Cleaner-Production-Center bestmöglichst in die Obhut der Grazer Stadtwerke übertragen wurde und dass die Vorschläge, die in den Beratungen, sowohl in den politischen Fraktionen aber auch im Kontrollausschuss, am Tisch liegen, in besonderer Weise mit der Verstärkung der Kontrollmöglichkeiten, die momentan in Fluss ist und haben meine vollste Unterstützung. Ganz klar ist aber auch, dass der Gemeinderat Vorschläge für eine bessere Kompetenzabgrenzung nicht nur arbeiten wird müssen, sondern dass das auch künftig klar geregelt ist, nämlich ganz insbesondere auch mit allen Beteiligungsgesellschaften der Stadt. Ich habe mich als Konsequenz der Ökoprotitaffäre ja deutlich eben auch ausgesprochen, dass auch alle anderen Gesellschaften und Beteiligungen, denn es gibt immer noch Gesellschaften, die auch nur einen Geschäftsführer haben, nach effizienten Kontrollmöglichkeiten zu durchleuchten sind und dort, wo das noch nicht passiert ist, und ich weiß, dass das von der Finanz- und Vermögensdirektion längst geschieht, wirksame Kontrollorgane zu installieren. Persönlich ziehe ich die Konsequenz auch bei größtem Vertrauen in kompetente Personen, die Kontrollen verstärken zu lassen. Für einen Rücktritt, wie Sie, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ihn ja für mich, den Herrn Bürgermeister und den Finanzreferenten ja schon mehrfach über die Medien gefordert haben, sehe ich jedoch keine nachvollziehbare Begründung, hat doch auch der Stadtrechnungshof in seinem Bericht festgestellt, nicht nur der Geschäftsführer, sondern auch hochrangige politische Entscheidungsträger sind hinsichtlich der Ernsthaftigkeit des Tunesiengeschäftes getäuscht worden. Zudem macht der Rechnungshof klar, dass geschäftsrelevante Umstände gegenüber dem Eigentümer und dem später eingerichteten Aufsichtsrat verschwiegen wurden, zum Beispiel der Abschluss von Verträgen und Vertragsänderungen mit wesentlichen Zahlungsverpflichtungen. Daraus geht klar hervor, dass ich mich keiner persönlichen Verfehlung schuldig gemacht habe, was auch aus dem Bericht des Kontrollausschusses zu entnehmen ist. Rücktrittsreif wäre jemand, der aus einem bedauerlichen Skandal wie Ökoprotit Tunesien keine oder nicht die richtigen Schlüsse zieht. Ich habe aber rasch und konsequent alle nötigen Schritte zur Minimierung des Schadens und zur Verhinderung ähnlicher Affären in Zukunft im Rahmen meiner Zuständigkeiten in die Wege geleitet (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Was übrig bleibt, ist, einer geht ins Gefängnis und andere, das sage ich jetzt wirklich ganz populistisch, verdienen weiterhin gut, dass Sie sehr viel Geld verdienen als Stadtregierungsmitglied hat ja damit zu tun, dass immer argumentiert wird, sie tragen sehr viel Verantwortung. Verantwortung liegt im Handeln, man verantwortet Handeln, aber man verantwortet auch Nichthandeln beziehungsweise, wenn das Nichthandeln und das Unterlassen stattfindet. Für mich bleibt trotzdem die Frage bestehen, ist es für Sie, so wie es jetzt ausgegangen ist, die CPC-Geschichte für Sie persönlich gewesen? Also, ich muss jetzt so fragen, ist das die persönliche Konsequenz, dass Sie sagen, in Zukunft weniger Vertrauen und mehr Kontrolle oder schlafen Sie vielleicht schlecht jetzt, das ist für mich wirklich eine Frage, weil so bleibt da die Verantwortung, die Sie als Referent für Ihr Amt haben, das ist für mich nicht ausreichend geklärt, indem Sie sagen, Ihnen kommt kein Vergehen zu. Prinzipiell ist Nichthandeln ein Unterlassung und damit auch zu verantworten.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Frau Gemeinderätin! Natürlich haben Sie das Recht als Oppositionspolitikerin in diesem Haus auch durchaus untergriffig sich zu Wort zu melden. Ich verweise nur, weil Sie jetzt gerade von der politischen Verantwortung gesprochen haben, verweise ich nur darauf, dass noch im Sommer 2005 und davor einige Male der gesamte Gemeinderat mehrheitlich und meist aber einstimmig Beschlüsse gemeinsam getragen hat und die Frage ist wohl auch, ob dann Sie getäuscht worden sind oder zu wenig hinterfragt haben, das ist die eine Geschichte. Also, wenn wir über politische Verantwortung sprechen, dann glaube ich, ist wohl der sachliche Zugang der richtige, darüber nachzudenken, ob es im Sinne von Kontrollmöglichkeiten, von Kompetenzklarstellungen auch möglich ist, eine derartige Geschichte zu vermeiden. Sie wissen ganz genau, Frau Gemeinderätin, dass wir in Wirklichkeit, ich sage das hier, nämlich gerade vom Geschäftspartner getäuscht wurden und würde ich jetzt nicht im Gemeinderat sitzen, dann würde ich sagen, dass wir einem Betrüger aufgesessen sind. Das ist eigentlich Faktum, Sie wissen ganz genau, wenn Sie jetzt so tun, jetzt, wo es zu einer, die noch nicht in Rechtskraft getreten ist, zu einer strafrechtlichen Verurteilung für den Abteilungsvorstand gekommen ist, und ich betone, noch nicht in Rechtskraft, es wird also die zweite Instanz eine Entscheidung zu treffen haben, das ganz klar auch geregelt ist, was ein

Geschäftsführer für Informationspflichten hat, auch ein Abteilungsvorstand. Haben Sie ja alles als Vorsitzende des Kontrollausschusses am Tisch liegen. Das ist nicht ein Abschieben von der Verantwortung, aber wenn man mich nicht informiert oder den Gemeinderat nicht informiert oder zu irgendeinem Zeitpunkt einen Hilferuf gegeben hätte oder zu irgendeinem Zeitpunkt auch die Information weitergegeben hätte und ich hätte als politischer Entscheidungsträger nicht gehandelt, wenn Sie mir das vorwerfen, dann wäre die Situation eine andere, aber in dem Augenblick, wo ich die klare Information am Tisch gehabt habe, ähnlich wie auch die Gemeinderätinnen und -räte, habe ich gehandelt, da habe ich alle Möglichkeiten ausgeschöpft, dass der Schaden minimiert wird. Das möchte ich bitte klarstellen und lasse mir nicht in irgendeiner Form unterschieben, dass ich eigentlich irgendwo strafrechtlich gehandelt hätte, ich lasse mir nicht unterschieben, dass ich Verträge persönlich unterschrieben habe, denn das sind nämlich zwei Dinge. Wofür ich die Verantwortung trage und vor meiner Zeit ebenso, ist, dass ich so wie alle hier in dem Haus das internationale Ökoprotokollprogramm strategisch für die Ökostadt Graz als Aushängeschildprogramm angesehen habe. Das können Sie mir vorwerfen, dass ich da nicht gesagt habe, bleiben wir eigentlich zu Hause, versuchen wir dort Umweltpolitik zu machen, aber da war die Intention eine andere und daher muss ich Ihre Stellungnahme im Zusammenhang mit politischer Verantwortung oder Konsequenzen zurückweisen. (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.15 Uhr.

4) Ersatz für „Fünf Lärchen“

GRin. Dr. **Sickl** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich habe eine Frage betreffend das Hotel Fünf Lärchen. Wie den Medien zu entnehmen war, sperrt das größte Flüchtlingshaus

„Fünf Lärchen“ am Griesplatz zu. Die Caritas, die alleine in den zehn Grazer Caritashäusern an die 500 Flüchtlinge zu betreuen hat, ist somit gezwungen, für die 160 bis 180 Flüchtlinge, die derzeit noch im Haus „Fünf Lärchen“ am Griesplatz untergebracht sind, geeignete Ersatzunterkünfte zu suchen.

Um eine möglichst gute Betreuung gewährleisten zu können, seien – so mein Informationsstand – mindestens drei Standorte nötig. Dass sich die Suche nach geeigneten Standorten nicht leicht gestaltet, zeigt sich zum Beispiel daran, dass das gerüchteweise genannte PVA-Gebäude am Hauptbahnhof, wie man hört, nun doch nicht geeignet sei.

Da bereits in mehreren runden Tischen der Dialog mit Anrainern und Asylanten gesucht wurde, nehme ich an, dass Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, über die Probleme, die sich bei der Suche nach einem Ersatz für die „Fünf Lärchen“ ergeben, Bescheid wissen. Auch drängt die Zeit, denn der Mietvertrag im Hotel „Fünf Lärchen“ läuft angeblich bereits im Mai aus.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

F r a g e

ob Sie als Sozialreferentin bereits informiert sind, wie viele Personen an welchen Standorten Unterkunft finden werden?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Werte Frau Gemeinderätin! Mir ist nicht ganz klar, warum Sie ausgerechnet mir diese Frage stellen. Der Bürgermeister ist Integrationsreferent, ist Ihr Ansprechpartner in der Stadt, wenn es um diese Fragestellungen geht und vorab, weil Sie gemeint haben Sozialamt. Zu Ihrer Information: Ich habe als politische Referentin, das Sozialamt hat als Amt, als Ressort keinerlei Verantwortlichkeit mehr im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen und AsylantInnen. Ich denke, das ist Ihnen bekannt. Mit 1.5.2004 endete meine Ressortkompetenz auf Grund der sogenannten Artikel 15- a-Vereinbarung, nach der die Betreuung von Flüchtlingen in

die Kompetenz der Länder übergegangen ist. Die Fachabteilung 11a des Landes ist eben seit Mai 2004 zuständig für die Grundversorgung. Flüchtlinge werden daher auch nicht mehr vom Sozialamt betreut, und noch einmal, ich bin nicht mehr ressortverantwortlich. Daher nur kurz zur Beantwortung Ihrer Frage. Richtig ist, Sie haben es angesprochen, die Caritas ist Vertragspartner des Landes und hat die Unterbringung der Flüchtlinge dem Vertrag entsprechend zu gewährleisten. Flüchtlingsunterbringung ist ein, wenn man will, Wirtschaftszweig der Caritas, den sie bislang zur höchsten Zufriedenheit des Landes gemanagt hat. Ich will, und ich denke wir sollte daher darauf vertrauen, dass die Caritas auch diese neue Aufgabe und Herausforderung, die Verlagerung des Standortes hin zu mehreren Standorten gut bewältigt. Zum derzeitigen Standort Fünf Lärchen haben Sie richtigerweise angemerkt, gibt es seit längerer Zeit Probleme zwischen der Caritas und der Hausbesitzerin. Richtig ist auch, wie Sie schreiben, dass es sich um mehrere, zumindest drei kleine Einheiten handeln wird, etwas was ich eher Medien entnommen habe als direkter Information, wo diese Standorte sich befinden werden, ist Sache der Caritas. Ich höre, dass die Caritas derzeit mehrere Standorte prüft, und noch einmal, es ist eine Sache in die ich mich nicht einmischen werde, in die sich das Land nicht einmischen wird und ich gehe davon aus, auch der Integrationsreferent nicht einmischen wird. Es ist dann auch richtig, wenn Sie sagen, es gab mehrere runde Tische, ich habe gehört von einem am Griesplatz und in St. Peter. Auf Initiative der Caritas, aber auf Grund mangelnder Ressortzuständigkeit wurde ich auch von der Caritas zu diesem runden Tischen nicht eingeladen. Es tut mir daher Leid, dass ich Ihnen nicht mehr Informationen geben kann (*Applaus SPÖ*).

5) Schulsozialarbeit

GRin. **Bauer** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Tatjana! Schulsozialarbeit ist eine begrüßenswerte und notwendige Maßnahme, in Bereichen der Kinder- und Jugendbetreuung Präventivarbeit zu leisten. Das Entstehen von größeren

Problemen, die der Stadt in Folge auch deutlich Mehrkosten bereiten würde, wird dadurch bereits im Vorfeld verhindert.

Derzeit gibt es das Projekt Schulsozialarbeit leider nur an der Hauptschule St. Andrä, welches von dir als Schulstadträtin initiiert wurde. Kinder und Jugendliche werden tagsüber von SozialarbeiterInnen betreut und somit von der „Straße“ ferngehalten. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Es besteht aber zweifelsohne an mehreren Schulen der Bedarf an einem solchen Projekt.

In den vergangenen Jahren wurden die Gesamtkosten vom Stadtschulamt getragen. Da es sich hier jedoch um Sozialarbeit in den Schulen handelt, fällt die Zuständigkeit ebenfalls in das Sozialressort.

Das Stadtschulamt ist nicht in der Lage, zukünftig die Kosten für dieses Projekt selbständig zu tragen.

Daher stelle ich folgende

F r a g e

an dich:

Bist du bereit, dich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit einzusetzen und eine Beteiligung der Projektkosten über das Sozialressort zu gewährleisten?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geschätzte Frau Gemeinderätin! Wir werden heute im Rahmen der Tagesordnung die Eckwerte für das Budget der nächsten Jahre beschließen und ich sage hier, was ich während Verhandlungen immer wieder gesagt habe und nicht müde werde zu betonen, die Eckwerte sind in meinem Ressortbereich nur einzuhalten, wenn ich alle Angebote, die es bisher gibt in meinen Ressorts, streiche. Daher nur ganz kurz zu deiner Frage. du sagst richtigerweise, Schulsozialarbeit ist eine begrüßenswerte und notwendige Maßnahme im Sinne präventiver Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, auch in einem schwierigen Sozialraum, da hast du völlig Recht. Das gilt allerdings für viele andere Projekte

auch, die im Rahmen der Sparnotwendigkeiten und Konsolidierungsnotwendigkeiten bedroht sind. Und zwar nicht nur in meinem Ressort, sondern auch in anderen Ressorts. Ich sage daher noch einmal und ich sage es in der Klarheit, die ich für angebracht halte: Es geht mir schlicht und einfach auf die Nerven, wenn die ÖVP-Stadtregerung bei Verhandlungen mich immer wieder tadelt, so wie auch letzte Woche dafür, dass ich nicht ausreichend Sparwillen zeige und einbringe und die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen der gleichen Fraktion mir eine Woche später drei Anträge stellen, wo sie mich auffordern, Ideen umzusetzen, die noch mehr Geld kosten (Applaus SPÖ). Ich beantworte deine Frage daher jetzt ganz konkret. Ja, natürlich, gerne setze ich mich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit ein, gerne will ich mich als Sozialstadträtin an den Kosten beteiligen, wenn ich für 2007 das Budget bekomme, das meinen Pflichtbereich abdeckt, das die sozialen Standards im Ermessensbereich sichert und darüber hinaus noch all das, von den Tagesmüttern bis zu allen anderen Wünschen, die von den ÖVP-GemeinderätInnen an mich herangetragen werden. Wenn ich so gut versorgt bin im Rahmen des nächsten Budgets, dann beteilige ich mich als Partnerin an jedem Wunschkonzert (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bauer:** Liebe Tatjana, umgekehrt geht es aber auch darum, wenn wir schon bei den Eckwerten sind, dass es zum Beispiel im Schulbudget einige Mehrkosten möglicherweise gibt durch die Hortschließungen, wo Kinder, die sonst über die Horte oder auch vom Land subventioniert werden, möglicherweise im Schulbudget mehr oder weniger Rechnung tragen müssen oder bestimmte Posten dann übernommen werden von deinem Budget. Aber das jetzt nur als Randbemerkung. Die Polytechnische Schule zum Beispiel wäre so eine Schule, die mir einfallen würde und da denke mir grundsätzlich, wenn man da hernimmt Drogen, Alkoholprävention, Schulverweigerer oder so, würde es deinem Ressort letztendlich auch einige Kosten ersparen, wenn man dann über Psychotherapiemaßnahmen, traumatisierte Kinder und Sonstiges redet, wenn du da trotzdem möglicherweise Initiativen setzen würdest, weil es würde letztendlich dir in deinen Ressorts auch weiterhelfen zu sparen. Danke.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Frau Kollegin, das war ausnahmsweise mal nicht wie meistens in den Verhandlungen zu den Eckwerten und Konsolidierungen ausschließlich betriebswirtschaftlich gedacht, sondern tatsächlich volkswirtschaftlich. Ich gratuliere dazu, Sie folgen eigentlich meinen Argumenten, die ich immer wieder vorbringe bei Konsolidierungsverhandlungen, insbesondere gegenüber dem Partner ÖVP. Alles was wir jetzt investieren in jenen Bereich, wo wir Jugendliche unterstützen, wo wir Familie unterstützen, wo wir das Abgleiten in noch schwierigere Lebenssituationen und negative Entwicklungen verhindern können, ist gut angelegtes Geld, ich bitte Sie, Ihre Kollegen in der Stadtregierung auch von dieser Argumentation zu überzeugen, dann habe ich Sie als Partnerin an meiner Seite.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben einen Konsens.

Zwischenruf GRin. Bauer unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ob es so etwas gibt oder nicht, fragen Sie den zuständigen Schulstadtrat, der heißt Miedl und nicht Kaltenbeck.

6) Umbau des Hilmteichschlößls

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Wolfgang! Ich möchte es kurz machen, damit, ich weiß nicht wie viele noch auf der Liste stehen, die drankommen können. Das Thema ist bekannt, es geht um die Revitalisierung beziehungsweise

Renovierung des Hilmteichschlößls, das in zwei Punkten doch für Verstörung, für Unzufriedenheit gesorgt hat. Der eine betrifft den Denkmalschutz, da ist angeblich eine Vereinbarung mit dem Bundesamt getroffen, dass das bereinigt wird, die zweite betrifft den Umgang mit dem öffentlichen Gut, sprich: den Raum zwischen dem Hilmteichschlößl und dem Hilmteich, auf dem sich jetzt Gastgarten eines neuen Lokals und eines durchaus gehobenen Lokals und die Verkaufsfläche eines ebenfalls im Preisniveau gehobenen Gartengeschäftes mischen und für PassantInnen ein wirklich lächerlich kleiner Weg zwischen Geländer und Zaun übrigbleibt, wo man, wenn man mit mehreren Leuten kommt und es kommt jemand entgegen, nur im Gänsemarsch gehen kann, das heißt, es ist für einen Erholungsraum wirklich ein äußerst interessanter Zustand. Günter Eichberger schreibt in seinem letzten Stadtführer recht treffend: Bei der Besichtigung des umgebauten Hilmteichschlößls wurde mir klar, woran es Graz mangelt, wir brauchen einfach mehr Zäune, indem man etwas einzäunt, verleiht man ihm Exklusivität, da umzäunt, wer Besitz hat, diesen so gerne ein. Das ist mein, sagt der Zaun zum Zaungast und nicht dein. Und in dieser Tonart geht es, wie ich glaube, völlig berechtigt weiter und aus diesem Grund, lieber Wolfgang, an dich die

F r a g e:

Was wirst du als Eigentümervertreter bei den Grazer Stadtwerken unternehmen, um die inakzeptable Situation rund um das Hilmteichschlößl einer Lösung zuzuführen, die für BesucherInnen und AnrainerInnen die Naherholung am Teich wieder attraktiv macht?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Zum ersten Thema, nämlich Frage des Denkmalschutzes. In der sehr, sehr knappen Zeit von nur zwei Monaten, der also ab der Planung und dem Vertragsabschluss dieser Neuadaptierung des Hilmteichschlößls durchgeführt wurde, ist es der Familie beziehungsweise der Firma Lederleitner GmbH offenbar entgangen und wurde übersehen, dass ein denkmalschützerisches Gutachten beziehungsweise eine Genehmigung einzuholen war. Dieses Versehen wurde bemerkt und am 24. April konnte daher zwischen Hofrat Bouvier vom Bundesamt für Denkmalschutz und

vom Herrn Markus Lederleitner eine konsensuale Lösung herbeigeführt werden, wonach Herr Lederleitner im Sinne größtmöglicher Transparenz der Zubauten beim Hilmteichschlößl binnen angemessener Frist jeweils zwei horizontale Bahnen an der Nord- und Südseite des Pavillons zusätzlich zu verglasen hat und das soll auch geschehen. Unter Einbeziehung dieser Lösung wurde der Markus Lederleitner GmbH am 28. 4. durch die Bau- und Anlagenbehörde die positive Benützungsbewilligung erteilt, die zwei Glasfassadenteile sind bis 31.7.2006 plangemäß herzustellen. Die genehmigten Pläne, auch von der Baubehörde genehmigten Pläne, und die Ausführung sahen, wie du zurecht kritisiert hast, entlang des Teiches eine Wegbreite von nur eineinhalb Meter vor. Auch ich bin der Meinung gewesen, dass das also weder ein attraktives Bild abgibt, noch eine ausreichende Nutzung des Hilmteiches für Spaziergänger, Läufer, Kinder, Eltern mit Kinderwagen usw. möglich macht. Daher habe ich um eine Verbesserung dieser Situation bei den Stadtwerken ersucht. Die Vorstände der Stadtwerke haben dieses Ansinnen an den Herrn Geschäftsführer Krainer weitergeleitet und das hat also dazu geführt, dass es zu Nachjustierungen kommen wird und der Gehweg auf insgesamt drei Meter Breite ausgebaut wird. Die damit verbundenen Arbeiten konnten bereits am 16.5. nach meiner Information, die ich von den Stadtwerken bekommen habe, abgeschlossen werden (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Candussi**: Das ist das eine, was mich wundert, wenn es wirklich schon fertig wäre, weil ich war vor ein paar Tagen draußen und habe...

Zwischenruf GRin. Kummer: Es ist fertig, es ist wirklich fertig.

Mag. **Candussi**: Gut, soll sein. Das ist das eine, das Zweite ist aber schon der Punkt, der mich sehr interessiert. Wir reden hier viel über die Auslagerung der politischen Entscheidungen aus dem Gemeinderat hinaus zu den Tochterbetrieben der Stadt und ich denke mir, das ist wieder ein Beispiel dafür, wo man sieht, Dagmar, ich

glaube, du stimmst mir zu, es wäre für uns im Planungsausschuss durchaus interessant gewesen, die Pläne vorher zu sehen, zu diskutieren, vielleicht wären wir auch vorher draufgekommen, dass das eine oder andere irgendwo klemmt...

Zwischenruf GRin. Krampl: Die Zeiten haben sich geändert.

Mag. **Candussi**: ...und es ist eben genau diese Auslagerung der Politik, die wieder einmal uns auf das Dach fällt, weil es sagt ja niemand, die Stadtwerke sind schuld, sondern wir sind es, die schuld sind, dass der Zustand dort so ist. In diesem Sinne gibt es die Zusatzfrage an dich einerseits, ob du vielleicht auf die Vorstände bei den Stadtwerken einwirken kannst, dass wir auch über die Möglichkeiten von weiteren Verbesserungen mit ihnen, ich denke der Planungsausschuss wäre durchaus ein geeigneter Ausschuss, reden können, beziehungsweise was mich wirklich interessiert wäre eine Offenlegung des Vertrages zwischen den Stadtwerken und der Firma Lederleitner, weil mich wundert es schon, wie locker das geht, dass öffentliches Gut da plötzlich für Verkaufsflächen genutzt werden kann und der staunende Passant steht dann plötzlich vor einem Zaun und weiß nicht mehr, was ist da jetzt los. Das ist der eine Punkt, der mich interessiert. Der zweite Punkt ist der, alle haben betont, sie sind so froh, dass Lederleitner jetzt endlich nach Graz kommt. Jetzt kann man gemischter Meinung sein, ob das, was Lederleitner macht, wirklich gehobene Gartenkultur oder sehr geschicktes Management ist, ich sage das völlig ohne Neid oder sonst was, aber ich sage, ist es die Aufgabe, ich frage dich auch, ist es die Aufgabe der Stadt über ihre Töchter Leuten 50 % einer Geschäftseinrichtung zu zahlen, nur damit sie nach Graz kommen, weil mit der gleichen Argumentation könnte jeder Baumschulist, der auch viel in Sachen Gartenkultur tut, an die Stadt herantreten und sagen, baut mir ein neues halbes Geschäftslokal dafür, dass ich in der Stadt bleibe. Also, ich sehe da eine Ungleichbehandlung und ich möchte, dass dieses Thema in den zuständigen Ausschüssen auch behandelt wird und die Frage an dich lautet, ob du dazu bereit bist.

StR. Dr. **Riedler**: Also, da muss ich jetzt ein paar Missverständnisse aufklären. Offenbar bist du ja derjenige, der die Politik für Dinge verantwortlich machen will, die außerhalb der Kompetenzen des Gemeinderates und auch des Stadtsenatsmitgliedes liegen. Ich war nicht der, der die Freizeitbetriebe ausgegliedert hat, um das nur in Erinnerung zu rufen, aber selbst wenn das Hilmteichschlößl in Privatbesitz der Stadt Graz wäre, glaube ich, fehlt mir der Umstand nicht ein, unter dem der Gemeinderat über die Planung auf diesem Grundstück zu befinden gehabt hätte. Selbst wenn man jetzt der Meinung ist, dass das passieren soll und diese Meinung kann man ruhig zu Recht beraten, daher informiere ich ja auch und habe auch versucht, zu dem Zeitpunkt, als es mir bekannt wurde,...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Hilmteichschlößl war nie Thema im Planungsausschuss.

Dr. **Riedler**: ...weil der Planungsausschuss auch, ich habe es vorhin schon gesagt, nicht zuständig wäre und daher auch, wenn das im Eigentum der Stadt wäre, habe ich vorhin schon geschildert, nicht im Planungsausschuss vorgetragen worden wäre. Es wäre wohl nur dann der Fall gewesen, wenn es sich hier um eine öffentliche Verkehrsfläche zum Beispiel gehandelt hätte, nämlich der Weg rund um den Hilmteich, dann wäre es natürlich im Planungsausschuss zu beraten gewesen. Gut, aber trotzdem gibt es ein öffentliches Interesse an diesen Planungen, auf das willst du ja hinaus, dem stimme ich durchaus zu und auch ich bin der Meinung, dass bei so großen Investitionsvorhaben eine Rücksprache der zuständigen Stellen, etwa mit gemeinderätlichen Ausschüssen durch die Stadtwerke, sinnvoll wären. Also, insofern gebe ich dir natürlich Recht, dass das eine gute Sache wäre. Mit den Investitionen, glaube ich wiederum, hast du nicht recht, da wird in ein Eigentum der Stadt Graz investiert von einem Privaten, der könnte genauso gut umgekehrt sagen, ihr habt da einen sehr schwierigen Standort, wir wissen, dass das Heilmteichschlößl nicht einfach zu bewirtschaften war, das hat ja immer wieder auch zu Schwierigkeiten mit den jeweiligen Pächtern geführt. Also, zuerst richtet ihr mir das her und dann bin ich

bereit, da in die Pacht zu gehen. Die Lösung, die jetzt gefunden wurde, nämlich, dass die Kosten zwischen Stadtwerke und dem neuen Pächter geteilt werden, halte ich an und für sich für eine gute Lösung, die durchaus auch die Finanzen der Stadtwerke entsprechend schonen und ich hoffe doch sehr, dass die neue Lösung attraktiv genug sein wird, um viele Menschen anzusprechen und die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Bereich des Hilmteichs auch qualitativ wesentlich zu verbessern.

7) Jugendzentrum „Jukus“

GR. **Rajakovics** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Es geht um das Jugendzentrum Jukus. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Der Bezirk Gries ist eindeutig jener Bezirk, der an Unterstützung für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen eines besonderen Augenmerks bedarf. In der Idlhofgasse hat sich das Jugendzentrum „Jukus“ etabliert, das aber leider zur Zeit in großen finanziellen Schwierigkeiten steckt. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Jugendlichen eine erhebliche Miete für die Räumlichkeiten monatlich bezahlen müssen.

Da der Verein „Jukus“, soweit ich informiert bin, ein Subventionsansuchen im Jugendamt abgegeben hat, meine

F r a g e

an dich:

Siehst du eine Möglichkeit, das Jugendzentrum „Jukus“ durch eine Subvention oder die Bereitstellung von geeigneten günstigen Räumlichkeiten zu unterstützen?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ja, werter Herr Gemeinderat, etwas hast du vergessen in deiner Anfrage oder habe ich es überlesen, ich habe es jetzt dreimal durchgeschaut, du hast vergessen zu erwähnen, dass es sich beim Jugendzentrum Jukus um ein Integrationsjugendzentrum, Integrationsprojekt des Integrationsvereines Jukus handelt, war dir vielleicht nicht bekannt. 2003 haben wir beschlossen, in der Stadt Graz ein Integrationsreferat zu begründen und wir haben in der Aufgabenteilung diese Verantwortung auch klar dem Herrn Bürgermeister als Integrationsreferenten zugeordnet. Ich finde das daher einigermaßen lustig, dass du mir zum zweiten Mal hintereinander eine Frage stellst, die du eigentlich deinem unmittelbaren Vorgesetzten, nämlich jetzt nicht als Gemeinderat, sondern als Pressesprecher stellen müsstest. Das finde ich lustig; ganz und gar lustig finde ich nicht, dass das jetzt heute die zweite Anfrage ist, die beinhaltet eine Belastung jedenfalls für mein Budget genau an dem gleichen Tag, wo die Eckwerte beschlossen werden sollen. Ich wiederhole nicht alles noch einmal, was ich vorher schon gesagt habe, aber ich möchte dir zu deiner Frage nur ganz kurz antworten. Der Verein Jukus hat im heurigen Jahr, obwohl ich nicht zuständig bin, bereits eine Basissubvention in der Höhe von 700 Euro erhalten, sozusagen als symbolischen Beitrag von mir als Sozialreferentin für den Integrationsauftrag, den er wahrnimmt. Ich habe dem Leiter des Vereines, Herrn Ali Özpas, das so auch mitgeteilt, dass es nicht mehr als ein symbolischer Beitrag sein kann, auch auf Grund der dramatischen finanziellen Situation, die sich in meinem Subventionsbereich stellt. Mir ist allerdings auch das erst heute zu Ohren gekommen, dass der Verein Jukus und Herr Özpas auch bei dir vorgesprochen hat mit der Bitte zu unterstützen bei der Suche nach Räumlichkeiten und du versprochen hast, Räumlichkeiten zu finden in der Stadt Graz. Jetzt weiß ich nicht, hast du das als Pressesprecher gemacht hat oder als Vorsitzender des Sozialausschusses. Offensichtlich ist dir das nicht gelungen, dein Versprechen einzuhalten, wenn du glaubst, dass ich mehr Zugang und mehr Informationen zu Liegenschaften in der Stadt Graz habe, dann nehme ich euch diese Arbeit gerne beratend ab, aber versprechen kann ich das natürlich nicht, ob das gelingen wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Dann auch zur Erklärung, wieso du die Frage bekommen hast, wobei ich weiß, wir haben das bei Explosiv schon gehabt, wenn Jugendliche Hardrockmusik hören und gewisse Vorlieben haben, dann sind sie auch eine Sache für das Kulturamt. Das Interessante ist nur, es hat in Amerika jetzt eine Studie gegeben, da ist gefragt worden nach den Namen, wenn jemand sich bewirbt um eine Stelle, wenn er einen typisch afroamerikanischen Namen hat, obwohl er schon lang in den USA lebt, dann hat er Nachteile, wenn er sich um einen Job bewirbt, um gewisse Förderungen bewirbt gegenüber jemandem, der einen amerikanischen Namen hat. Und soweit mir der Verein mitgeteilt hat, handelt es sich bei dem Großteil der Jugendlichen, auch wenn sie türkische Namen haben, um österreichische Staatsbürger, daher bin ich davon ausgegangen, dass die Verantwortung dazu im Jugendamt liegt, dass es Türken sind, die türkische Namen haben und eventuell auch die Integration in die Gesellschaft vorantreiben wollen, ist klar. Faktum ist aber, dass es sich um österreichische Staatsbürger dabei handelt, wenn das so ist, dass sie dann trotzdem ins Integrationsreferat deiner Meinung nach fallen, dann muss ich mir mehr überlegen. Im Übrigen habe ich dem Ali nur gesagt, dass ich mich genauso darum bemühen werde, dass wir schauen werden, ob es irgendwo Räume gibt, wo sie ihr Jugendzentrum, das im Monat 530,- Euro kostet, dass sie das zu einer günstigeren Möglichkeit haben. Also, unter dem Aspekt, dass es sich dort mehrheitlich um österreichische Jugendliche handelt, ist es jetzt in deinem Ressort oder siehst du es trotzdem als Ressort des Bürgermeisters (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Es geht ja wohl wirklich nicht um die Frage, ob es sich mehrheitlich um hier geborene oder nicht hier geborene Jugendliche handelt, Herr Kollege. Es gibt ja heute auch noch einen dringlichen Antrag (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nachdem ein Beirat sozusagen mich unterstützen soll in der Frage, wer in dieser Stadt Subventionen und Unterstützungen erhalten soll oder beraten soll. Herr Kollege, ich kann dir nur sagen, ich lese Konzepte, die mir vorgelegt werden zu Projekten sehr, sehr genau und dieses Konzept macht ganz eindeutig klar, dass es sich um ein Integrationsmodell handelt. Und weil ich das für sinnvoll und wichtig halte, habe ich auch in meinem Bereich unterstützt, aber darüber hinaus würde ich schon sagen, bitte der Integrationsreferent soll sich endlich einmal

zu seiner Aufgabe bekennen und die Dinge nicht hin- und herschieben, aber vielleicht liegt es daran, dass noch immer nicht die Stelle mit der zweiten Geschäftsführung oder mit der zweiten Leitung besetzt ist, tut da einmal was weiter, vielleicht geht dann endlich was (*Applaus SPÖ*).

8) St.-Peter-Hauptstraße

GRin. **Binder** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es um die St.-Peter-Hauptstraße und um eine Information. Immer wenn ich nach St. Peter komme, stehe ich entweder im Stau, wenn ich selber mit dem Auto fahren muss, was hin und wieder auch vorkommt. Auch ich muss hin und wieder mit dem Auto fahren, weil auch meine Werkstätte dort draußen ist. Oder immer wenn ich nach St. Peter komme, werde ich von Menschen angesprochen, was und wie und wann geht es denn weiter mit der St.-Peter-Hauptstraße. Ich konnte in letzter Zeit keine Antworten dazu mehr geben, daher wende ich mich jetzt an dich, lieber Herr Stadtrat Rüsch, mit der

F r a g e ,

wo denn der Zeitplan und die einzelnen Umsetzungsschritte für die Sanierung beziehungsweise für den Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße aussehen und ich nehme an, dass ich hier kompetente Information bekomme.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Kollegin! Ich habe dieses Problem Gott sei Dank nicht, weil ich fahr mit dem Radl am Stau vorbei (*Applaus ÖVP*). Zum ersten Teil der Antwort: Die St.-Peter-Hauptstraße ist eine Landesstraße und das Land hat seit mehreren Jahren Pläne gehabt für eine Sanierung der St.-Peter-Hauptstraße, für

eine Verbreitung des Querschnitts, für die Einführung einer Busspur, für die Ausweitung an den Kreuzungen und dieser Plan ist immer wieder verschoben worden und der aktuelle Stand ist der, dass dieser alte Terminplan aufgehoben ist. Es wird im Juni einen neuen Besprechungstermin geben beim Land zwischen Stadt und Land, um über einen neuerlichen Zeitplan und Ablaufplan zu verhandeln. Für uns wird die Situation ein bisschen prekär wegen der außerordentlichen Gebarung, wir haben im Laufe der letzten Jahre immer die entsprechenden Mittel der Stadt budgetiert. Für heuer sind 900.000,- Euro budgetiert. Ich gehe einmal davon aus, nachdem die AOG für den Zeitraum bis zu 2010 angesetzt ist, dass diese 900.000 grundsätzlich in der AOG drinnen bleiben werden. Aber wenn wir nicht bald und nicht rasch hier wirklich zu Maßnahmen kommen, zu den geplanten Sanierungsmaßnahmen, dann werden wir sicherlich auch mit der Finanzierung Probleme bekommen. Also wir haben noch 900.000 drinnen, Bauträger ist das Land, im Juni gibt es einen neuen Termin, ich hoffe, dass wir das Projekt dann auf die Schiene kriegen.

GRin. **Binder**: Danke für die Information und kann ich davon ausgehen, wenn im Juni diese Besprechung stattfindet und du wirst ja dabei sein, dass du dich mich all deiner Energie und deiner Kraft dafür einsetzt, dass wirklich ein möglichst baldiger Beginn der notwendigen Umbau- und Ausbaumaßnahmen durchgeführt werden.

Dr. **Rüsch**: Ich trainiere schon seit vielen Wochen für diesen Termin.

Stadtrat Dipl.-Ing. Rüsch übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

9) Finanzielle Unterstützung für „Häckseln statt Abbrennen“

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter! Das im Bezirk Mariatrost für die Entsorgung von Gartenabfällen seit einigen Jahren durchgeführte Modellprojekt „Häckseln statt Abbrennen“ war in diesem Jahr besonders erfolgreich, es ist also nicht abgebrannt. Während in den vergangenen Jahren durchschnittlich 100 Traktoranhängerladungen gesammelt wurden, waren es in diesem Jahr rund 160. Das daraus resultierende Häckselgut von insgesamt 520 m³ wurde fachgerecht entsorgt.

Dieser Erfolg ist unter anderem auch auf die Aufforderungen der Verantwortungsträger der Stadt Graz zur Reduktion der Gartenmüllverbrennung und Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten zurückzuführen.

Die Kosten für das Modellprojekt in der Höhe von rund 9.000,00 Euro wurden zum überwiegenden Teil, und zwar 4.800,00 Euro, von den Gartenbesitzern finanziert. Der Bezirksrat Mariatrost hat diese Aktion ebenfalls mit 700,00 Euro finanziell unterstützt.

Da dieses erfolgreiche Modellprojekt beispielhaft für die gesamte Stadt Graz ist, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, die

Frage,

ob Sie bereit sind, wie in den vergangenen Jahren dieses Modellprojekt finanziell zu unterstützen und die noch offenen Kosten zu übernehmen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat, wir sind ja praktisch schon am Ende unserer Fragestunde. Ich denke nicht nur in Mariatrost ist das Modell..., es gibt noch mehrere Bezirke in Graz. Grundsätzlich haben wir ein weitreichendes Angebot, wird auch mit Förderungen der Stadt unterstützt. Also, bei mir ist so wie überall momentan, ich

habe ein sehr knappes Budget, aber wenn der Bezirksrat in Mariatrost 700 Euro dafür aufgebracht hat, die haben nämlich auch ein knappes Budget, werde ich mich bemühen, und ich lasse das von meinem Amt prüfen, ob auch ich eine Unterstützung geben kann. Sie wissen, voriges Jahr war es einmalig, da habe ich schon etwas vom Umweltressort gegeben, jetzt lasse ich es prüfen und vielleicht gibt es eine Möglichkeit, die gesamte Summe wird nicht machbar sein, sage ich gleich ehrlich.